

Demokratieferne Rebellionen

Von Prof. Dr. Samuel Salzborn

Es bedarf schon eines guten Gedächtnisses, um sich alle Abkürzungen und Slogans, unter denen das rassistische und verschwörungsfantastische Milieu in den vergangenen Monaten auf die Straße gegangen ist, zu merken. Neben den HoGeSa („Hooligans gegen Salafisten“) und der Pegida („Patriotische Europäer Gegen die Islamisierung des Abendlandes“) bildeten sich lokale Ableger, die beispielsweise unter Ogida, Rogida, Kagida, Saargida, Dügida, Kögida oder Bogida operierten. Schon vor der ersten HoGeSa-Demonstration in Köln hatten sich in separaten Mahnwachen prorussische und antiamerikanische Friedensbewegte regelmäßig zu „Montagsdemonstrationen“, später dann für einen „Friedenswinter“ versammelt.

Überraschend an den Demonstrationen war weniger ihr fortwährender Etikettenwechsel, sondern die scheinbar unvorhersehbare Menge an Menschen, die daran teilgenommen hat, und deren Zahl regelmäßig in die Tausende ging. Um die Dynamik der Ereignisse einordnen zu können, sollte man aber nicht vorschnell der Marketingstrategie der Organisatoren folgen, nach der sich „ganz normale Bürger“ versammelt hätten – denn es handelte sich vielmehr um ein sehr spezifisches Spektrum von Personen, das deshalb lange Zeit politisch nicht mobilisierbar war, weil gerade sein Egoismus und sein demokratiefernere Weltbild es daran gehindert hat, öffentlich in Erscheinung zu treten. Das politische Klima und damit der Kontext, in dem sich diese Demonstrationen abspielen, hat sich aber geändert, mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist eine Partei – zumindest vorübergehend – bei Wahlen erfolgreich, die genau dasselbe Klientel anspricht und insofern dazu motiviert, von ihren Stammtischen aufzustehen und die Online-Kommentarspalten zu verlassen und sich in die tatsächliche Wirklichkeit zu wagen.

Protestmotivationen: Egoismus und Demokratieferne

Egoistisch ist der gegenwärtige Protest, weil es nicht ernsthaft um Angst vor etwas, sondern um Angst um etwas geht: um die eigenen (gefühlten) Privilegien. Diese Privilegien werden

als gefährdet wahrgenommen und verbunden mit nationalem Pathos, in dem eine Vielzahl der Demonstranten eigentlich nur deshalb Kritik an der Politik formuliert, weil diese nicht die jeweils subjektiven, höchst persönlichen Partikularinteressen durchsetzt. Diese nicht auf den wirklichen Lebensumständen, sondern lediglich auf einer falschen Selbstwahrnehmung basierende Grundhaltung zeigte sich auch in den repräsentativen Daten des ARD-Deutschlandtrends vom Januar 2015, in dem Pegida-Sympathisanten die Sicherheit ihrer persönlichen Lebensumstände generell als signifikant schlechter wahrnehmen, als der Rest der Bevölkerung.

Eine empirische Studie der TU Dresden unter Leitung von Hans Vorländer, die im Dezember und Januar bei mehreren der Pegida-Veranstaltungen erhoben wurde, zeigt, dass der „typische“ Pegida-Demonstrant aus der Mittelschicht kommt, gut ausgebildet ist und für die regionalen Verhältnisse über ein leicht überdurchschnittliches Einkommen verfügt und berufstätig ist. Überdies ist er 48 Jahre alt, männlich und religiös wie auch parteilich ungebunden. Nur ein Viertel der Befragten ist tatsächlich durch die Themenfelder „Islam, Islamismus oder Islamisierung“ motiviert. Eine explorative Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung unter Leitung von Franz Walter hat diese Erkenntnisse grundsätzlich bestätigt und darüber hinaus gezeigt, dass die politische Sympathie bei den Pegida-Anhängern in überwältigendem Maße bei der AfD liegt.

Deshalb ist die besagte Klientel auch als demokratiefernen zu bezeichnen: Denn in einer Demokratie wird über Interessenkonflikte gestritten und es ist nötig, Mehrheiten zu erlangen, wenn man die eigenen Position umgesetzt sehen möchte. Mit Meckern und Nörgeln kommt man nicht weit, das ewige Lamento von „denen da oben“, die sowieso nur machten, was sie wollen, ist zugleich auch das Lamento einer extrem politikfaulen Klientel, die sich bequem darin ein-



gerichtet hat, selbst nicht politisch aktiv werden zu müssen, in Parteien, Gewerkschaften oder anderen Interessenorganisationen. Die Angebote, die auf den friedensapologetischen Verschwörungsmahnwachen und den rassistischen Pegida-Demonstrationen gemacht werden, versprechen nun aber den Teilnehmern etwas anderes. Durch ein punktuell Engagement, „denen da oben“ einmal zu zeigen, dass „das Volk“ anders denke – das bleibt freilich eine Lüge, weil ein paar Tausend Demonstranten immer noch eine verschwindende Minderheit sind, die unbotmäßig viel mediale Aufmerksamkeit bekommt und die, mit dem Zeitpunkt, an dem die Aufmerksamkeit nachlassen wird, in ihre Verschwörungsmuster zurückfallen wird, nach denen nun eben ihre Mei-

nung wieder nicht repräsentiert sei. Den Zulauf, den die Demonstrationen zur Zeit haben, erklärt also nicht nur ihr Inhalt, sondern mehr noch ihr Kontext – die Angst vor Krieg und Terrorismus in der Bevölkerung ist groß, das Thema politisch und medial generell auch ohne Pegida sehr präsent, sodass gegenwärtig auch noch so verrückte Anliegen als weniger verrückt erscheinen, weil sie sich im Fahrwasser einer allgemeinen Besorgtheit bewegen. Dabei gibt es die Demonstrationen gegen „Überfremdung“ oder „Islamisierung“ seit Jahren und auch die antiamerikanische und prussische Stoßrichtung der deutschen Friedensbewegung war schon in den 1980er-Jahren groß. Das von Pegida verwandte Schlagwort „Islamisierung“ ist lediglich ein Vorwand, um rassistische und völ-

kische Positionen wieder öffentlich zu platzieren. Außerdem darf man nicht vergessen: die rechte Szene hat gerade in Sachsen in den vergangenen Jahren immer wieder in ähnlicher Größenordnung mobilisieren können und auch die rechtsextremen Demonstrationen gegen die Wehrmachtausstellung in den 1990er-Jahren gingen in die Tausende, was die Teilnehmerzahlen angeht. Und allein in Dresden, dem Kristallisationspunkt der rassistischen Pegida-Bewegung, kamen NPD und AfD bei der Landtagswahl im August 2014 zusammen auf 27.861 Zweitstimmen.

Nun ist sicher richtig, dass nicht jeder, der an diesen Demonstrationen teilnimmt, ein Neonazi ist – auch wenn aus diesem Milieu stark mobilisiert



Tausende beteiligen sich an einer Demonstration unter dem Motto „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) um die Jahreswende auf dem Theaterplatz vor der Semperoper in Dresden.

Foto: Arno Burgl/dpa



und teilgenommen wird. Gleichwohl zeigt sich das tatsächliche Mobilisierungspotenzial, das die rechte und antidemokratische Szene in der Bundesrepublik hat: Zusammengesetzt aus einem russlandnahen, antisemitischen und antiamerikanischen Friedensbewegungsspektrum, das sich selbst oft sogar als links versteht und einem offen rassistischen Milieu mit kriminellen Tendenzen, die sich nicht nur bei dem einschlägig vorbestraften Hauptorganisator der Pegida-Bewegung zeigen, sondern auch massenhaft im gesamten Hooligan-Milieu finden. Ein wichtiger Unterschied zwischen beiden Spektren ist allerdings ihre soziale Heterogenität: Während die antiamerikanischen Friedensdemonstrationen eine erhebliche Zugkraft auf gesellschaftlich tendenziell desintegrierte Personen ausüben, wird der rassistische Pegida-Protest getragen von sozial mehr oder weniger etablierten und situierten Personen, die um den Verlust ihres sozialen Status fürchten, ohne dass dieser wirklich bedroht wäre. Eine FoLL-Studie (Forschungsorientiertes Lehren und Lernen) an der Georg-August-Universität Göttingen konnte zeigen, dass bei den Friedensdemonstrationen ein erhebliches Moment der sozialen Integration darin besteht, dass ihre Teilnehmer – oft: erstmalig in ihrem Leben – bei der Teilnahme nicht mehr das Gefühl haben, „der Spinner“ zu sein, sondern sich mit zahlreichen Gleichgesinnten zusammenfinden und insofern ihre objektiv nach wie vor bestehende Verrücktheit nun allein dadurch, dass sie sozial geteilt wird, nicht mehr als solche empfinden und dadurch auch emotional gestärkt werden.

Das Weltbild der Verschwörungsängste

Das Moment des Verschwörungsglaubens verbindet denn auch weltanschaulich beide Flügel der aktuellen Demonstrationen: die einen glauben an eine Verschwörung internationaler Mächte, die anderen an die einer multikulturellen Gesellschaft, beide fantasieren geheime Aktivitäten von Politik und Medien, die angeblich den Protest „des Volkes“ begrenze oder unterdrücke, wobei den Sicherheitsbehörden jeweils eine zentrale Rolle zugesprochen wird, weil sie entweder nicht (angemessen) handeln oder den Protest zu limitieren versuchen würden. Während demo-

kratische Medien als „Lügenpresse“ verunglimpft werden, nur weil sie die rassistischen Partikularinteressen eben auch als solche benennen, werden Propagandamedien wie dubiose Internetblogs oder das russische Fernsehen glorifiziert – weil sie den eigenen Wahn zur Wahrheit erklären.

Die konkreten Verschwörungsmymen werden dabei fast so schnell produziert, wie die Ereignisse stattfinden – was mit der Logik der Verschwörung zu tun hat: Sie bedarf keiner Fakten, keiner Realität, keiner Wirklichkeit außer ihrer selbst, um zu funktionieren. Es bedarf stets nur eines Anlasses, nicht einer Ursache, damit Verschwörungsfantasien formuliert werden – denn ihre jeweils eigene hermetische Wahnwelt funktioniert in ihrer Struktur ganz unabhängig von der Wirklichkeit, da sie in keiner Weise an empirische oder historische Fakten gebunden ist, sondern lediglich mit einem Fantasieweltbild korrespondiert, das jederzeit reformulierbar, jederzeit reproduzierbar und damit auch jederzeit in Variationen abrufbar ist.

Kaum ein politisches Ereignis bleibt frei von entsprechenden Verschwörungsmymen – mögen es so offensichtlich verrückte Ideen wie der Einfluss von außerirdischen Lebensformen auf die Weltpolitik sein oder auch die zahlreichen, bis ins minutiöse Detail ausfantasierten Wahnvorstellungen über die amerikanische Politik, insbesondere im Kontext mit dem internationalen Terrorismus. Selbst nach den islamistischen Terroranschlägen in Paris im Januar dauerte es nur Stunden, bis dubiose Internetblogs voll waren mit antiamerikanischen und antisemitischen Verschwörungsmymen rund um die Anschläge. Aber auch der Glaube an eine „Islamisierung des Abendlandes“ gehört zu diesen Mythen, denn sind die Migrationsprozesse in Deutschland gegenwärtig zwar wieder deutlich wahrnehmbarer, aber doch im Vergleich mit den 1990er-Jahren, wie auch mit der Aufnahme von Flüchtlingen durch andere, besonders außereuropäische Staaten, als vergleichsweise gering zu bewerten.

Verschwörungsmymen werden dabei geglaubt, nicht obwohl, sondern weil sie erfunden sind und weil sie im Widerspruch zu allen Erkenntnissen stehen, die mit der Realität korrespondieren. Deshalb wird es auch nicht möglich sein, dem Anhänger einer Verschwörungsfantasie diese individuell zu widerlegen: Er glaubt diese, weil

sie irrational ist – und jeder Beleg dieser Irrationalität wird wieder in das Wahnweltbild des großen Verschwörungsglaubens integriert. Genau deshalb bleibt die aktive Beteiligung an den gegenwärtigen Demonstrationen und Mahnwachen auch relativ konstant.

„Polizeilicher Notstand“: Armutszeugnis der Sicherheitspolitik

Bei Redaktionsschluss: Das Verbot der Legida-Demonstration durch die Stadt Leipzig am 9. Februar bezeichnete der GdP-Bundsvorsitzende Oliver Malchow als schwerwiegenden Eingriff in das Grundrecht der Versammlungsfreiheit. „Es ist ein Skandal, dass der Personalabbau bei der Polizei dazu führt, dass sie ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann und Grundrechte eingeschränkt werden müssen. Das muss Konsequenzen haben“, sagte er. Wenn zum Schutz der für diesen Tag geplanten Demonstrationen und Gegendemonstrationen lediglich acht statt der offenbar benötigten über 30 Hundertschaften zur Verfügung stünden, sei die Sicherheitspolitik am Ende. Der GdP-Chef befürchtet, das Sachsen kein Einzelfall bleiben werde. Mangelndes Personal erschwere schon lange die erfolgreiche und zeitnahe Bekämpfung der Kriminalität und mache nun auch die Gewährleistung der Versammlungsfreiheit unmöglich. „Das kann so nicht stehenbleiben“, so Malchow. Hier müsse nun im Bund und in den Ländern endlich nachgesteuert werden. **red**

Sie gibt den Teilnehmern die Möglichkeit, in einem Weltbild, mit dem sie in ihrem normalen Leben als verrückt gelten, sozial und emotional durch die Verbindung mit anderen stabilisiert zu werden.

Dabei geht es um Fantasien von einer regredierten Welt, der Traum von einem harmonischen und widerspruchsfreien Selbst, in dem alles nur einer Logik gehorcht, nämlich der eigenen – keine Widersprüche, keine Ambivalenzen, nur Identität. Der berühmte Psychoanalytiker Sigmund Freud hat das begrifflich in der Unterscheidung von „materieller Realität“



und „psychischer Realität“ gefasst – die Verschwörungsfantasien als psychische Realität sind dabei nahezu hermetisch von der materiellen Realität abgekoppelt: als Wahnvorstellungen, die einer identitären und widerspruchsfreien Logik folgen, die nur in der Logik der jeweils eigenen Psyche funktioniert. Alles kreist um das überhöhte Selbst, das sich dem egoistischen Größenwahn hemmungslos hingibt, aus sich selbst heraus die Welt zu deuten. Nur, und das macht den aggressiven Zorn vieler Verschwörungsfantasien aus, dass die Welt sich fortwährend nicht so verhält, wie es der Verschwörungsanhänger gern hätte, dass ihm niemand glaubt, wo doch er – und nur er – es besser weiß, als alle anderen.

Strategien des Umgangs

Auch wenn verständlich ist, dass unter anderem der Bundesinnenminister sagt, man müsse die Sorgen, die die Menschen bei diesen Demonstrationen umtreiben, ernst nehmen, darf man einen Fehler nicht machen: die Demonstranten sorgen sich nicht um wirkliche politische oder gesellschaftliche Probleme, sie sorgen sich ausschließlich um sich selbst. Die Probleme und Ängste, die sie haben, mögen real sein – eine ernsthafte Grundlage und damit Berechtigung haben sie nicht. Der Fehler liegt nicht im politischen System, sondern bei den Demonstranten, genauer gesagt bei ihrer Demokratieferne. Sie haben nicht verstanden, dass Demokratie die Herrschaft des Volkes ist, bei dem Mehrheiten auf der Basis von Wahlen entscheiden – und nicht diejenigen, die glauben, sie würden den „Volkswillen“ nur deshalb vertreten, weil sie es immer wieder behaupten. Deshalb ist genau die umgekehrte Konsequenz politisch geboten: Nicht den Forderungen der Demonstranten nachzugeben, sondern ihnen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Auch diese Menschen können verstehen lernen, dass nicht ihr egoistischer Wille in der Politik umgesetzt wird, sondern das, was in langwierigen und debattenintensiven politischen Prozessen ausgehandelt wird. Demokratie ist Repräsentation – was aktuell auf die Straße getragen wird, ist nicht der Protest für mehr oder bessere Demokratie, sondern der Protest gegen die Demokratie – und dafür, dass diejenigen, die dort demonstrieren, selbst die Macht haben wollen, ihre egoistischen

Partikularinteressen als Gemeinwohl zu verkaufen. Dass das eine Lüge ist, ist jedem klar – insofern darf nicht verwechselt werden, dass der Protest auf der Straße nicht weniger ist, als ein verschwörerischer und rassistischer Protest gegen die Demokratie und ihre Organe.

als Pegida – oder mit welchen Abkürzungen auch immer – durch die Straßen ziehen: Die Formulierung von apokalyptischen, ausweglosen Szenarien, in denen scheinbar nicht mehr abgewogen und debattiert werden kann, sondern es einer entschlossenen und



Teilnehmer einer Kundgebung von „Bündnis Nazifrei“ haben sich kurz vor Weihnachten auf dem Dresdner Schlossplatz versammelt, um gegen die zeitgleich stattfindende Pegida-Demonstration zu protestieren.
Foto: Hendrik Schmidt/dpa

Wer heute als Rassist auf die Straße geht und sich gegen die Gefahren von Islamisierung und Salafismus wendet, kann sich sicher sein, dass er damit gegen ein Thema protestiert, das tatsächlich vielen Menschen Angst macht, weil der Islamismus fraglos eine massive Bedrohung der offenen Gesellschaft und der individuellen Freiheiten, wie sie die westlichen Demokratien versprechen und weitgehend garantieren, darstellt. Bisher gelingt es aber den Sicherheitsbehörden in Deutschland relativ erfolgreich, die realen Gefahren, die von radikalen Islamisten in Deutschland ausgehen, abzuwägen und gegen sie vorzugehen – was Fehler und Mängel keineswegs schönreden soll. Eine „Islamisierung des Abendlandes“ ist jedoch eine freie Erfindung, sie ist ein apokalyptisches Szenario, das die Gedankenwelt der Weimarer Republik wieder aufruft – als Oswald Spengler mit seinem zweibändigen Werk über den „Untergang des Abendlandes“ die irrationalen Ängste mobilisierte, die den Aufstieg des Nationalsozialismus ermöglichten. Und genau das ist das Ziel der Gruppen, die heute

harten Entscheidung bedürfe. Der rassistische Ruf gegen eine „Islamisierung des Abendlandes“ ist in Wahrheit der Ruf nach einer antidemokratischen und autoritären Lösung eines Problems, das nur in den Ängsten und Fantasien seiner Anhänger besteht. Das Paradoxe daran ist, die Anhänger der Pegida-Slogans sind mit ihrem autoritären und gegenaufklärerischem Weltbild gar nicht so weit vom Islamismus entfernt, sie sind Brüder im Geiste, die sich aber trotzdem bekämpfen, weil sie um einen Vorherrschaftsanspruch miteinander streiten. Insofern ist auch die alte Forderung gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, nach der Menschen dort abgeholt werden müssten, wo sie stehen, im aktuellen Fall völlig falsch, denn sie stehen an einem antidemokratischen Ort, der allein schon deshalb nicht in die demokratische Debatte integriert werden kann, weil seine Kernforderungen antidemokratisch sind.

Der Autor ist Professor für Grundlagen der Sozialwissenschaften am Institut für Politikwissenschaft der Georg-August-Universität Göttingen.

